

## Frankfurt, 7. Oktober.

Das uns verbündete Nachbarreich an der Donau sieht vor einem Wendepunkt. Es handelt sich nicht um eine der vielen Krisen, die seit Jahrzehnten die beiden Teile der Monarchie in längeren oder meistens kürzeren Zeiträumen bald mehr, bald minder heftig durchzurütteln und die dann, in Oesterreich wenigstens durch irgend eine vorläufige Lösung beendet zu werden pflegen, diesmal geht es um die Ganze, nämlich darum, ob und in welcher Form die Habsburger Monarchie fortbestehen soll. Die tschechische, die südslawische, die polnische, daneben aber noch die ukrainische, italienische und die rumänische Frage richten sich vor den Regierungen der beiden Staaten der Monarchie auf und verlangen immer dringender eine Lösung. Aus der Art der Lösung dieser Fragen aber könnte sich schließlich auch noch eine weitere, die deutsche ergeben, die dann möglicher Weise für den Bestand der Monarchie überhaupt entscheidend würde. Denn es ist klar und geht auch aus der Stellungnahme der deutsch-österreichischen Parteien hervor, daß keine Lösung der Probleme der Monarchie, vor allem aber keine Neuordnung Oesterreichs im engeren Sinne über den Kopf der Deutschen Oesterreichs hinweg gemacht werden kann, und ebenso ergibt sich, daß auch in Ungarn, wenn einer von einem Berliner Blatte gemeldeten Äußerung Tiszas zufolge eine Autonomie der Nationalitäten, entgegen der bisherigen ungarischen Politik, errichtet und gesichert werden soll, die ungarländischen Deutschen ihren rechtmäßigen Anteil verlangen werden.

Das alte Oesterreich hat in seinem Jahrhundertelangen Bestande manche schwere Erschütterung erlebt. Raum jemals hat es so ernst vor der Frage Bestehen oder Auflösen gestanden wie in diesen Tagen, in denen auch der Weltkrieg vor seiner Krise steht. Das Zusammentreffen ist kein zufälliges; denn an den Reichsländen, aus denen das vielsprachige Reich seit dem Erwachen der Nationalitäten in steigendem Maße besteht, hat sich dieser Weltkrieg entzündet, und wir dürfen nicht vergessen, daß er begonnen hat, weil Oesterreich-Ungarn glaubte, die zerstörenden Kräfte an seiner Südoestgrenze durch eine nachhaltige Rundgebung seiner einheitlich zusammengesetzten Staatsmacht zum Schweigen bringen zu müssen und weil bei dem Eingreifen Russlands Deutschland durch den Bündnisvertrag genötigt war, eben für den Bestand der Habsburgermonarchie das Schwert zu ziehen. So ist der Krieg wieder an seinen Ursprung zurückgekehrt, und die Entwicklung, der Oesterreich-Ungarn in nächster Zeit entgegengeht, wird uns vielleicht zum Nachdenken darüber nötigen, ob und unter welchen Opfern jenes angegedeutete Kriegsziel erreicht worden ist. Das Bündnis der Mittelmächte hat Jahrzehnte hindurch den europäischen Frieden beschützt, und Englands Staatsmänner haben dies bekräftigt. Die Bilanz dieses Bundes wird erst gezogen werden können, wenn das Ende und die Ergebnisse des Krieges feststehen. Für Deutschland wie für Oesterreich-Ungarn entsprach es nicht nur einer politischen Notwendigkeit, sondern doch auch dem Laufe der Geschichte und in hohem Maße auch dem Gefühl sehr großer Teile der Bevölkerung. In Oesterreich ist das heute bei den Slawen nicht mehr der Fall, und eben dieser Widerstreit der nach außen gerichteten Bestrebungen ist eine der Ursachen, weshalb es so schwer ist, dem Staate eine Gestalt zu geben, die Dauer verheißt und eine friedliche Betätigung und Auswirkung aller im Verbande des Staates lebenden Volksstämme ermöglicht.

Es hat ein merkwürdiges Auf und Ab in den politischen Lebenserscheinungen Oesterreich-Ungarns während des Krieges gegeben. Zunächst bereitete die Monarchie den Feinden, die des Glaubens waren, ein fester Stoß werde das „hausfällige Reich“, wie Lloyd George sagte, rasch umwerfen, eine große Enttäuschung. Dieses Reich stand, gestützt von der deutschen Macht, fest und unerschütterlich, und konnte, während Russland zusammenbrach, Serbien von den Heeren der Mittelmächte besetzt wurde und seine Regierung ins Ausland verbannt wurde, seine Verfassung auf neue Füße stellen. Nur ein Scheitern festzustellen: das ist ein Urteil abzugeben. Nach welcher Seite die Kursbewegung sich weiter fortsetzen wird, darüber ist natürlich im gegenwärtigen Moment noch schwerer als sonst ein Urteil abzugeben. Ein Gefühl vermehrter Sicherheit zu geben.

losgesagt hatten. Es gab die bekannten Hochverratsprozesse gegen die tschechischen Parteiführer und kriegsgerichtliche Urteilungen von Verrätereien, die in bestimmten Regimentern vorgekommen waren. In jener Zeit war selbst bei ehemals slawenfreundlichen Politikern die Ueberzeugung lebendig, Oesterreich müsse in einer Weise neu geordnet werden, daß das eigentliche Staatsvolk, die Deutschen, dem Staate das Gepräge gäbe. In jener Zeit war auch die Erweiterung und Vertiefung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche und ihre verfassungsrechtliche Festlegung die Forderung aller Politiker, die überhaupt an eine Gesundung der inneren Verhältnisse Oesterreichs dachten. Selbst mit dem Tode des alten Kaisers änderte sich daran zunächst nichts. Vielmehr schien es, als wolle die Regierung des jungen Monarchen alle diese Reformen in noch entschiedenerer Weise betreiben. Freilich gab man sich dabei der großen Täuschung hin, man könne so tiefgreifende Umänderungen einfach über den Kopf der Völker hinweg, ohne das Parlament zu fragen, im Wege kaiserlicher Verordnung durchführen. Aber es scheint, daß man doch den Mut zu einem solchen Akt, der verfassungsrechtlich ein Staatsstreich gewesen wäre, nicht recht gefunden hat. Man jögerte, bis die russische Revolution ihre geistigen Wellen über die Grenzen warf und besonders die slawischen Völker stark in Bewegung setzte. In die Hofburg zog die Sorge um die eigene Krone ein, und während noch den Vertretern der Deutschen feierliche Versicherungen darüber gegeben wurden, daß der Kurs der Regierung „unverrückt“ der alte bleibe, war es doch schon, wie damals an dieser Stelle ausgesprochen wurde, klar, daß diese Sätze nur noch verträustende und begütigende Phrasen waren. Mit dem lange aufgeschobenen Zusammentritt des Reichsrates zeigte sich, daß das gewaltsame Schweigen, zu dem man die Slawen gezwungen hatte, eine nur um so gefährlichere Summe von Unzufriedenheit und Haß angesammelt hatte, die nun in wilden Ausbrüchen im Parlament explodierte. Es kam die Annesie für die verurteilten Tschechenführer, die in Prag im Triumphe eingeholt wurden, und nun folgte eine Politik kümmerlicher Auskünfte und Verlegenheiten, der man anmerkte, daß ihre Urheber außer von der Angst vor einem allgemeinen Umsturz von keiner bestimmten Triebkraft geleitet wurden. Man schleppte sich mit Provisorien und dem Notparagrafen fort, aber vergeblich suchte man nach dem leitenden Gedanken, der den Staat aus seiner Not herausführen könnte.

Nun hat diese Not offenbar einen Grad erreicht, der sich nicht mehr steigern läßt. Der Reichsrat ist aufs neue zusammengesetreten, aber wir haben von dort nichts vernommen, was einen Weg aus der Wirrnis anzeigte: immer wieder sehen wir nur die häßlichen Auftritte, die in diesem Parlament seit Jahrzehnten üblich sind, aber vergeblich suchen wir nach einer Regierung, die dem Uebel durch eine klare Politik zu steuern vermöchte. Daß es so nicht mehr geht, weiß man seit Jahren, und doch versucht man immer noch, in dem alten Stille ratlosen Fortwursteln den Wagen weiterzuführen. So ist man nun, wie es scheint, an dem Punkte angelangt, an dem von beinahe einem halben Jahrhundert Graf Hohenwart Schiffbruch gelitten hat, am Föderalismus. Diesmal soll es, und das ist freilich ein großer Unterschied, ein Föderalismus nicht der historischen und veralteten Kronländer werden, und Professor Lammasch, einer der Freunde des Kaisers — auch Graf-Martiniß und Graf Czernin galten dafür — scheint dazu ausersehen, ihn in die Wege zu leiten. Der Plan deckt sich zu einem Teil mit einem von der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie ausgehenden Vorschlag, der auch, wie es scheint, von den deutschen Parteien nicht abgelehnt wird. Die deutsche Orientierung wird, wenn Herr Lammasch regiert, natürlich aufgegeben. Aber darum handelt es sich nicht so sehr, als darum, ob die Slawen, vor allem die Tschechen gewillt sein werden, einen Staatenbund der Nationen, der mit ihrem historischen böhmischen Staatsrecht nicht vereinbar ist, anzunehmen. Sehr wahrscheinlich ist das nicht, und es ist auch zu bezweifeln, daß die Ereignisse der letzten Tage, in dem sie für ihre Erwartungen neue Bürgschaften sehen, sie geneigter machen werden, eine solche Lösung gutzuheißen. So scheint auch die neu angekündigte Lösung nichts anderes zu sein, als eine neue große Frage, die über der Zukunft Oesterreich-Ungarns schwebt.